



BRÜSSEL 4, den

20-04-1982

Nr. ....

Herrn Minister für Nationale Erziehung,  
Zentralverwaltung

Rue Jozeph II, 30

1040 BRÜSSEL

Nr. 13.092/II/P  
BN/MTV

Sehr geehrter Herr Minister,

In der Sitzung vom 10. Dezember 1981 hat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle (S.K.S.K.) eine Entscheidung getroffen über die gegen Ihr Ministerium gerichtete Klage bezüglich einer ausschliesslich in französischer Sprache ausgeführten Textabfassung eines Formulars hinsichtlich des an eine deutschsprachige Privatperson gerichteten Antrages auf Erteilung einer Gewerkschaftsprämie.

Aus den erteilten Auskünften ist zu entnehmen, dass noch keine deutsche Fassung der besagten Formulare erhältlich war, als die Formulare bezüglich des Antrages auf Erteilung einer Gewerkschaftsprämie für individuell entlohntes Personal vom Datenverarbeitungszentrum (D.V.Z.) versandt wurden.

..../..

Da nur wenig Zeit für die Durchführung dieser Angelegenheit zur Verfügung stand, und damit das deutschsprachige Personal nicht beeinträchtigt wurde, war das D.V.Z. gezwungen, allen Personalmitgliedern ein in französischer Sprache abgefasstes Formular zukommen zu lassen, wobei die Möglichkeit bestand, späterhin antragstellenden Personen ein deutsches Formular zuzuschicken (Artikel 40, Absatz 2 der koordinierten Sprachgesetze vom 18. Juli 1966).

In dem besonderen Falle des Klägers, Herrn PANKERT, geht aus dem durch ihn dem Ministerium für Nationale Erziehung zugesandten Personalbogen hervor, dass er französischsprachig ist. Infolgedessen wurde die auf dem Briefumschlag angebrachte Anschrift falsch angegeben. Laut den der S.K.S.K. erteilten Auskünfte muss jedes Personalmitglied alle Informationen bezüglich der gebrauchten Sprache dem D.V.Z. mitteilen anhand eines S.G.M. Formulars, das gegebenenfalls geändert werden muss wenn die Empfangsbescheinigung, welche die kartelmässig erfassten Informationen widerspiegelt, auf Irrtümer hinweist.

Im Gegensatz zu den Aeusserungen Ihres Ministeriums findet in diesem Falle Artikel 40 keine Anwendung; dieser Artikel bezieht sich nämlich auf Formulare, welche der Oeffentlichkeit unmittelbar von den Zentraldienststellen zur Verfügung gestellt werden.

Es handelt sich jedoch in diesem strittigen Falle keineswegs um ein an die breite Oeffentlichkeit gerichtetes, sondern an eine Einzelperson von einer Zentraldienststelle zugeschicktes Dokument.

In diesem Fall muss Artikel 41, § 1 der K.S.G. angewandt werden, laut dessen die Zentraldienststellen in ihren Beziehungen mit Einzelpersonen eine der drei Sprachen gebrauchen, welche von denselben verwendet wurde.

Die Klage wurde als zulässig und begründet befunden, weil einerseits keine in deutscher Sprache abgefassten Formulare im Ministerium für Nationale Erziehung verfügbar waren und andererseits, da Herr PANKERT seinen Antrag auf Erteilung eines deutschen Formulars in deutscher Sprache gestellt hatte, er beim betreffenden Ministerium kein Entgegenkommen fand, trotzdem dies laut Artikel 41, § 1 der K.S.G. vorgesehen ist. Ueberdies wünscht die S.K.S.K. ein in deutscher Sprache abgefasstes Exemplar des besagten Dokuments zu erhalten.

Klageführer wird dieses Gutachten übermittelt.

Mit vorzüglichen Hochachtung.



Der Präsident

J. Fleerackers